

Die Terminkalender von Politikern sind voll, vor allem in Wahlkampfzeiten. So gibt auch in Christian Lindners Büro gleich gegenüber des Reichstags ein Gast dem anderen in dieser Woche die Klinke in die Hand. Entsprechend matt wirkt der FDP-Vorsitzende, der in einer kommenden Regierung gerne Finanzminister wäre, zu Beginn des Gesprächs. Was sich bei der Frage nach seinem neuesten Hobby aber schlagartig ändert.

**Herr Lindner, Sie erzählten kürzlich, Sie haben im Lockdown die Ahnenforschung für sich entdeckt und Verwandte in Polen gefunden. Haben Sie die schon kontaktiert?** Ja, es handelt sich um Nachfahren meines Urgroßonkels. Einer meiner Urgroßväter ist Anfang des 20. Jahrhunderts aus Polen ins Rheinland ausgewandert, um dort Arbeiter in einem Kalksteinbruch zu werden. Ich habe dann Nachfahren seines Bruders ermittelt und ihnen einen Brief geschrieben. Und auch Antwort erhalten.



**Steht ein Treffen an?** Das habe ich vor, auch mit vielen anderen Familienzweigen, die ich ermittelt habe. Ich bin inzwischen ziemlich weit, bei manchen Teilen bin ich schon im 17. Jahrhundert angekommen. Es gibt noch keine konkreten Pläne, ich habe beruflich in nächster Zeit möglicherweise noch etwas anderes vor, aber es ist jedenfalls geplant. Ich möchte auch Archive in Polen besuchen.

**Jemand, der Sie zukünftig gerne im Kabinett einer rot-grün-gelben Ampel-Regierung treffen würde, ist SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz. Er kenne Sie schon lange, auf Sie sei Verlass, sagte er kürzlich. Sie hingegen drohen ihm damit, Armin Laschet (CDU) auch dann zum Kanzler zu wählen, wenn die SPD stärkste Kraft wird.**

Olaf Scholz und ich haben ein belastbares Arbeitsverhältnis und können offen miteinander sprechen. Mit Armin Laschet regiert die FDP erfolgreich in Nordrhein-Westfalen. Hier geht es aber nicht um Sympathie. Kanzler wird, wer eine Mehrheit im Deutschen Bundestag hat. Das ist die Verfassungslage. Entscheidend ist nicht, wer stärkste Fraktion ist.

**Hätten Sie kein schlechtes Gewissen, den Wählerwillen zu verzerren?** Nach den Umfragen wird die stärkste Partei von mehr als 70 Prozent nicht gewählt worden sein. Niemals war eine Kanzlerpartei unter 30 Prozent. Da ist der Wählerwille also nicht eindeutig. 1976 war die Union der Wahlgewinner fast mit absoluter Mehrheit. Der Wahlverlierer war die SPD. Dennoch blieb Helmut Schmidt Kanzler, weil er eine Koalition hatte. Jüngst im Land Bremen haben die Grünen eine Jamaika-Koalition mit dem Wahlgewinner CDU abgelehnt, um stattdessen mit dem Wahlverlierer SPD die Linke in die erste westdeutsche Regierung zu holen.

**Sie sprechen die sozialliberale Koalition an. Rot-gelbe Koalitionen waren immer Modernisierungsbündnisse, die deutsche Einheit wäre ohne die Außenpolitik der ersten sozialliberalen Regierung, die übrigens auf eine Große Koalition folgte, vielleicht nicht erreicht worden. Heute gibt es wieder Modernisierungsbedarf. Eine Parallele?** Die Partei von Willy Brandt genießt immer unseren Respekt. Modernisierung ist in Deutschland nötig, vieles muss sich ändern. Aber über die Richtung muss man diskutieren. SPD und Grüne wollen mehr Bürokratismus statt Freiheit, Klimaschutz durch Verbote statt durch Technologieoffenheit, Steuererhöhungen und die Aufweichung der Schuldenbremse. Beide stehen in vielen Punkten also der Linkspartei näher als uns.

**Der Sie mit einer Absage an die Ampel womöglich den Regierungseintritt ermöglichen würden. Könnten Sie Ihren Wählern wirklich vermitteln nochmal lieber nicht zu regieren, als schlecht zu regieren, diesmal um den Preis eines Linksbündnisses?** Die FDP orientiert sich an Inhalten: Höhere Steuern und eine Aufweichung der Schuldenbremse haben wir ausgeschlossen. Natürlich sind wir kompromissbereit. Wenn man Gutes umsetzen kann, treten wir gerne in eine Regierung ein. Aber man muss auch wissen, dass wir 2017 den Mut zu einer harten Entscheidung hatten, weil wir damals gezwungen werden sollten, an einer Linksverschiebung der deutschen Politik unter



„Die FDP orientiert sich an Inhalten“, sagt Parteichef Christian Lindner. Fotos: Photothek/Xander Heint

# „Natürlich sind wir kompromissbereit“

**Christian Lindner** „Wir haben keine Lieblingskoalition“, sagt der FDP-Chef. Steuererhöhungen und eine Aufweichung der Schuldenbremse seien mit seiner Partei aber nicht machbar. Ein Gespräch mit einem, der nach der Bundestagswahl zum Königsmacher werden könnte. *Von Igor Steinle*



SPD und Grüne stehen in vielen Punkten der Linkspartei näher als uns.

Schwarz-Grün mitzuwirken. Diese Prinzipienfestigkeit war eine Investition in unsere Glaubwürdigkeit. Damit haben wir viele Unterstützer und Mitglieder gewonnen, die wir nicht enttäuschen wollen.

**Mit der SPD könnte die Aktienrente, die Sie beide auf dem Zettel haben, eine Schnittmenge sein. Könnte ein Kompromiss bei der Schuldenbremse sein, Schulden nur für Investitionen aufzunehmen?** Das wäre nur eine Rückkehr zur alten Rechtslage. Das hat über Jahrzehnte nicht funktioniert, weil die Definition von Investition immer weiter ausgedehnt wurde, mit dem Ergebnis, dass Deutschland hoch verschuldet war. Gleichzeitig wurde dennoch zu wenig investiert. Die Schuldenbremse sollte deswegen erhalten bleiben, wie sie im Grundgesetz steht. Stattdessen könnten wir überflüssige Subventionen im Haushalt streichen. Wir könnten Milliarden einsparen bei der Förderung von E-Autos. Die Dienstwagen von Gutverdienern benötigen keine günstigeren Leasingraten auf Kosten der Steuerzahler. Diese Milliarden könnten wir besser in die Bildung investieren.

**Sie betonen immer wieder Ihre gute Zusammenarbeit mit Armin Laschet in NRW, dass man sich dort Erfolge gönnt. Ein Rezept für künftige Dreierkoalitionen?** In jeder Koalition sollte jeder Teil einer Regierung sein Profil entwickeln können. Alle Parteien haben Sinnvolles in ihren Programmen und wenn man etwas davon umsetzen kann, ist das gut. Ich glaube, dass faire Koalitionen darauf basieren, dass alle sich Erfolge gönnen und Projekte umsetzen können, soweit sie nicht gegen die Grundüberzeugungen eines Partners verstoßen.

**Was würden Sie den Grünen gönnen?** Es gibt ein gemeinsames Ziel, nämlich

das Klima zu schützen. Wir würden auf diesem Gebiet aber ebenfalls gerne Akzente setzen, denn ich habe Zweifel am Vorhaben, aus unserer Gesellschaft ein Bullerbü mit Lastenfahrzeug zu machen, wie es die Berliner Spitzenkandidatin der Grünen formuliert hat. Es muss uns gelingen, die Freiheit der privaten Lebensführung und wirtschaftliche Perspektiven mit der Ressourcenschonung zu verbinden. Wenn wir das schaffen, mit Wasserstoff, Offshore-Windparks, dem Import synthetischer Kraftstoffe für den Verbrennungsmotor, großen Solarkraftwerken und CO<sub>2</sub>-Speicherung, wäre das ein Erfolg für unser Land.

**Wäre auch eine Deutschland-Koalition eine Option?** Wir sind eine eigenständige Partei und haben keine Lieblingskoalitionen. Unsere Koordinaten sind Freiheit vor Staat, Erwirtschaften vor Verteilen, Erfinden vor Verbieten. Wir schauen, wo wir diese Werte am besten einbringen können. Daran messen wir Gespräche. Ob eine Deutschland-Koalition auf Bundesebene eine Möglichkeit ist, müssen ohnehin jene entscheiden, die die Sondierungsgespräche nach der Wahl strukturieren. Wir streben ja nicht ins Kanzleramt.

**Sie sprechen oft davon, dass Sie das Aufstiegsversprechen erneuern wollen. Was fehlt aufstiegswilligen Menschen, das Sie ihnen geben können?** Ein Bildungssystem, in dem der Erfolg nicht vom Elternhaus abhängt. Wer arbeitet, soll zudem auch in Phasen der Bedürftigkeit mehr zur Verfügung haben als ohne Arbeit. Deswegen muss die Minijob-Grenze an den Mindestlohn angepasst werden, die Zuverdienstregeln bei Hartz IV müssen weg. Individuelles Bemühen muss immer einen Unterschied machen. Und drittens greift der Staat enorm stark bei Steuern und Sozialabga-

Olaf Scholz und ich haben ein belastbares Arbeitsverhältnis und können offen miteinander sprechen.

ben zu, etwa bei der Grunderwerbssteuer. Das begrenzt die Möglichkeit, sich selbst etwas aufzubauen. Meine Großeltern sind als Vertriebene aus Schlesien mit Volksschulabschluss nach Westdeutschland gekommen. Am Ende ihres Berufslebens konnten sie mietfrei im eigenen Haus leben. Das ist heute selbst einem Paar mit Hochschulabschluss kaum noch möglich.

**Wie wollen Sie das ändern?** Indem wir Steuern und Sozialabgaben senken, womit wir Menschen in die Lage versetzen, sich selber wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erarbeiten. Und mit einer Aktienrente, damit in der gesetzlichen Rentenversicherung für die Menschen etwas angespart wird.

**Von Ihren Steuerplänen würden die Wohlhabendsten am stärksten profitieren. Ist Ihr Aufstiegsversprechen das Feigenblatt, hinter dem verborgen werden soll, dass die FDP noch immer die alte Besserverdiener-Partei ist?** Man darf nicht vergessen, dass es sich dabei in der Regel um die Familienbetriebe handelt. Es geht also um unseren Mittelstand, der Ausbildungs- und Arbeitsplätze schafft. Dort muss zudem investiert werden in Klimaschutz und Digitalisierung. Deshalb ist Entlastung nötig.

**Geht es den Reichen so schlecht, dass man sie noch reicher machen muss?** Die beste Politik für Beschäftigte und unser Land ist, wenn der Mittelstand stark ist. Wir haben bereits die höchsten Steuersätze in nahezu ganz Europa. Ich sehe nicht, dass eine weitere Erhöhung unserem Land hilft. Im Gegenteil, wir werden weniger attraktiv für Fachkräfte, die in unser Land kommen wollen, wir werden weniger attraktiv als Investitionsstandort und wir verhindern, dass wieder Rücklagen und Reserven aufgebaut werden für die nächste Krise.

**Sie wollen Klimaschutz, Digitalisierung und Bildung stärken, Steuern senken und gleichzeitig keine Schulden machen. Wie soll das funktionieren?** Schritt für Schritt. Der erste wäre ein Super-Abschreibungsprogramm für Investitionen der Betriebe in Klimaschutz und Digitalisierung. Das kostet den Staat auf mittlere Sicht gar nichts, belebt aber Wachstum und Staatseinnahmen. Die meisten Investitionen für den Klimawandel müssen ja von der Privatwirtschaft geleistet werden. Darüber hinaus hat der Staat auch noch milliardenschwere Vermögensanteile, etwa an der Telekom. Die könnten wir quasi eintauschen in digitale Infrastruktur ohne einen Euro höhere Schulden oder Steuern. Wir müssen hier unternehmerischer in der Politik denken lernen.



Redakteur Igor Steinle mit FDP-Chef Christian Lindner.

## Jüngstes Landtagsmitglied, jüngster Parteichef

**Christian Lindner** (42) wurde in Wuppertal geboren und wuchs im nahen Wermelskirchen auf. Nach dem Abitur studierte er Politikwissenschaft, Staatsrecht und Philosophie in Bonn. Mit 16 trat Lindner in die FDP ein. 2000 zog er als jüngster Abgeordneter in der Geschichte des Landtags von Nordrhein-Westfalen ins Landesparlament ein. Von 2009 bis 2012 war Lindner Bundestagsmitglied. Danach wechselte er zurück in den Landtag, um 2017 erneut in den Bundestag einzuziehen. 2013 wurde er zum Bundesvorsitzenden gewählt – erneut als jüngster in der FDP-Geschichte. Lindner ist geschieden und mit der RTL-Reporterin Franca Leheldt liiert.